

## **AKW-Laufzeitverlängerung**

### **Hamburger Grüne wollen keinen Widerstand leisten**

Alix Faßmann – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de) - 1.10.2010

SPD und Linke hatten am Donnerstag einen Antrag im schwarz-grünen Hamburger Senat gestellt, sich an der Verfassungsklage gegen die geplante Laufzeitverlängerung der Bundesregierung zu beteiligen. Doch die Grünen winkten ab.

„Die Klage hat nicht mehr Aussicht auf Erfolg, wenn sich ein weiteres Bundesland dafür einsetzt“, sagte GAL-Fraktionschef Jens Kerstan der „Hamburger Morgenpost“ (Donnerstagsausgabe). Hamburg werde sich also im Bundesrat zum Thema Laufzeitverlängerung enthalten.

Angesichts der lautstarken Protestaktionen, an denen sich die Hamburger Grünen in den letzten Monaten immer wieder an vorderster Fron beteiligten, drängt sich die Frage auf, was die Grünen als selbst propagierte Anti-Atom-Partei zu ihrer Entscheidung bewog.

#### **„Zustimmung verweigern“ heißt, sich enthalten**

So erklärte Kerstan noch am Donnerstag, also am gleichen Tag der Debatte auf seiner Internetseite: „Ohne jede Scham verteilt die Bundesregierung Milliardeneschenke an ihre Freunde von der Atom-Lobby – und sichert ihre Zusagen auch noch in dubiosen Nebenverträgen rechtlich ab. Ich finde dieses Vorgehen empörend. Rund 100.000 Menschen sind am 18. September in Berlin gegen die unverantwortliche Atompolitik auf die Straße gegangen und haben klar bekundet: ‚Da läuft nichts länger!‘. Das war ein kraftvoller Beweis dafür, dass eine große Mehrheit längere AKW-Laufzeiten nicht will. Wir Grüne lehnen jede Laufzeitverlängerung ab. Und wir pochen weiter darauf, dass bei dieser Frage der Bundesrat beteiligt wird. Wenn das Thema dort zur Abstimmung kommt, wird Hamburg seine Zustimmung verweigern.“

„Zustimmung verweigern“ heißt also im Klartext, dass sich Hamburgs Schwarz-Grün im Bundesrat enthalten wird. Radio Hamburg berichtet, obwohl der Hamburger SPD-Fraktionschef Michael Neumann die Grünen aufforderte, sich treu zu bleiben und sich einer Verfassungsklage anzuschließen, opferte die GAL nach zweimaliger Abstimmung und lautem Streit in der Bürgerschaft einen weiteren Kern ihrer Politik für den Erhalt der schwarz-grünen Koalition.